

**ANFRAGE** von Erika Zahler (SVP, Boppelsen), Erich Vontobel (EDU, Bubikon), Stephan Weber (FDP, Wetzikon)

betreffend Entschärfung einer möglichen Strommangellage durch bereits vorhandene Notstromaggregate

---

Nach Fukushima im Jahr 2011 wurde in einer kollektiven, links-grünen Hysterie beschlossen, sich quasi umgehend von den AKWs zu verabschieden. Und dies, obschon es kurz- und mittelfristig keine sichere und autonome Stromversorgung unseres Landes ohne AKWs gibt. Dass diese unüberlegte, ideologisch verblendete Politik versagt hat, zeigt die Ratlosigkeit dieser Politiker heute in Bezug auf die drohende Strommangellage, welche uns der bevorstehende Winter bescheren könnte.

Sparkampagnen sind wichtig, können das Problem aber kaum lösen. Ebenso hilft der hilfessuchende Blick nach Bern nicht. Der Kanton Zürich ist der bevölkerungsreichste Kanton und zugleich der Kanton, der am meisten Unternehmen mit Strom versorgen muss. Das heisst unsere Regierung steht jetzt in der Verantwortung, Notfall-Konzepte zu erarbeiten, die auch sämtliche in unserem Kanton zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Entschärfung der Situation berücksichtigen. Dazu gehören die heute schon vorhandenen Notstromaggregate von zum Beispiel Datenzentren. Gemäss Tages-Anzeiger vom 21. September könnten nur schon die Dieselgeneratoren aller Gross-Rechenzentren für fast alle Haushalte im Kanton reichen.

Vor diesem Hintergrund bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie sieht der Notfallplan der Regierung bezüglich Miteinbezug des riesigen Potentials bereits bestehender Notstromaggregate verschiedenster Firmen und Institutionen aus?
2. Wie ist der Stand der Verhandlungen mit den betreffenden Besitzern von Notstromaggregaten?
3. Wie viel des vorhandenen Notstromaggregate-Potentials wird voraussichtlich ab Dezember 2022 bei Bedarf zur Verfügung stehen?
4. Wie stellt sich die Regierung zur im Notfall hinderlichen 50-Stunden Limite für Notstromaggregate und was hat sie in Bundesbern diesbezüglich eingebracht?
5. Was für Pläne hat die Regierung mittel- und langfristig im Bereich von allenfalls Kantons-eigenen Notstromaggregaten?
6. In den Medien war kürzlich zu lesen, wir hätten die Hausaufgaben in unserem Land nicht gemacht. Eine eigenständige Stromversorgung sei absolut zentral. Wie stellt sich die Regierung zu diesem Vorwurf und was hält sie von der Forderung einer eigenständigen Stromversorgung?

Erika Zahler  
Erich Vontobel  
Stephan Weber